

Das Dollar-Imperium und die neue Weltordnung

Das 1944 in Bretton Woods (USA) gegründete Dollar-Imperium zur Beherrschung der Welt durch die anglo-amerikanische Finanzmafia nach der Niederlage des deutschen Reichs ist zusammengebrochen. Der Zusammenbruch wird allerdings von den Imperialisten verschleiert, indem sie globale Krisen (Corona- und Ukraine Krise) dafür verantwortlich machen, die die Ursache für die stetig wachsende Geldentwertung, Inflation, Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung sein sollen. Der wirkliche Grund für die derzeitige finanzielle Katastrophe ist die Tatsache, daß der Dollar als Leitwährung für den internationalen Handel seit 1971 nicht mehr durch Gold gedeckt ist, wie in Bretton Woods beschlossen, sondern nach Belieben und Bedarf der Wall-Street gedruckt werden konnte zur Bezahlung der Schulden und Kriege der USA. Die von der FED zur Verfügung gestellten Dollars gingen zum großen Teil in die Spekulation an Börsen zur Bereicherung der Spekulanten und nicht in die produzierende Wirtschaft zur Schaffung von Werten und Aufbau der Infrastruktur, wie das in Deutschland üblich war.

Es wird ein neues Handels- und Wirtschaftssystem ohne die Fehler von Bretton Woods entstehen. Im jetzt untergehenden Dollar-Imperium war Deutschland von Anfang an ein Vasallenstaat unter der Vormundschaft der westlichen Wertegemeinschaft. Diese Situation ändert sich derzeit. Deutschland kann wieder ein souveräner Staat in dem sich neu bildenden Staatensystem werden. Deswegen muß ein frei vereinbarter Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen Gegnern im zweiten Weltkrieg zustande kommen. Die westliche Wertegemeinschaft hatte bisher kein Interesse, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Denn wegen der stets angesprochenen „Offenkundigkeit“ deutscher Kriegsverbrechen konnte Deutschland nach dem Weltkrieg beliebig erpreßt und ausgeplündert werden, mehr als nach dem Versailler Vertrag von 1919, denn bei „Offenkundigkeit“ ist kein Beweis für die Behauptung erforderlich. Ein Hinweis auf die deutschen Verbrechen erledigt jeden Einspruch Deutschlands gegen irgendwelche Forderung in Wirtschaft, Politik, Medien. Die „Offenkundigkeit“ der deutschen Verbrechen ergibt sich aus Artikel 139 Grundgesetz. Dieser Artikel 139 GG, der alle Anordnungen der Besatzungsmächte nach 1945 umfaßt, steht bei Gerichtsverhandlungen über jedem anderen deutschen Recht. Um die Neuordnung der politischen Verhältnisse vorzubereiten, muß die Wissenschaft und Politik die im Grundgesetz Artikel 146 geforderte Verfassung formulieren für die Friedensverhandlungen:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossen worden ist.

Nach 1945 wurden die Lizenzen für deutsche Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen unter Besatzungsrecht vergeben. Die Rechtsvorschriften für deutsche Medien sind durch Artikel 139 GG festgelegt, allerdings nicht im Sinne des deutschen Volkes, sondern im Sinne der Besatzer.

Der Artikel 139 GG lautet:

Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Mit Rußland und China ist ein Friedensvertrag möglich.